

# Beamtenanwärter im Noteinsatz

Aushelfen im Gesundheitsamt statt studieren an der Verwaltungs-FH: Markus Söder hatte angekündigt, Bayerns Anwärter in der Krise heranzuziehen. In welchem Umfang das geschieht, ist schwer zu sagen.

Von Christoph Plass

Hof/München – Ein paar Sätze sind neulich ziemlich untergegangen in der Regierungserklärung Markus Söders kurz vor den Osterferien. Die zum Beispiel, in denen er einen riesigen Mitarbeiter-Stab in Aussicht stellte, der die Gesundheitsämter darin unterstützt, die Kontaktketten infizierter Personen nachzuzeichnen. Söder sagte damals wörtlich: „Wir werden dazu 3000 Leute aufbauen. Dazu werden wir vornehmlich zum Beispiel die gesamten Anwärter im Beamtenystem nehmen, ausgenommen der Polizei. Denn sehr viele junge, hervorragende Kräfte, die sich anstellen, Beamte in Bayern zu werden, und deren Ausbildung wir natürlich fortsetzen werden, könnten hier in den nächsten Monaten gut zum Einsatz kommen.“ In der Hofer Hochschule für den öffentlichen Dienst werden diese Sätze ziemlich eingeschlagen haben: Hier studieren 2000 besagter Beamtenanwärter, entsandt von den bayerischen Kommunen oder den staatlichen Einrichtungen. So ist die Verwaltungs-FH gerade auch jenseits des derzeitigen Online-Unterrichts in einem echten Blindflug unterwegs.

Wie viele der Studenten zu Hause

„Wir tun alles, um digital die Lehre aufrechtzuerhalten.“

Klaus Völkel, Sprecher Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern



dem Online-Angebot der Dozenten folgen und wie viele stattdessen in ihren örtlichen Behörden eingesetzt sind, weiß keiner. „Die Online-Angebote, die wir machen, stoßen auf große Resonanz – darauf lassen die Fragen und das Feedback der Studenten schließen“, betont Dozent Klaus Völkel. Allerdings gebe es bekanntlich derzeit keine Präsenz-Veranstaltungen in der Hochschule. Und für den Online-Unterricht müssten sich die Studenten weder an- noch abmel-



Die Anwärter, die von staatlichen Stellen nach Hof entsandt wurden, sind bereits zentral erfasst, um in den Gesundheitsämtern eingesetzt zu werden. Inwieweit auch die Landräte und Bürgermeister Bayerns die Studenten schon für ihre Krisenstäbe herangezogen haben, lässt sich derzeit nicht nachvollziehen. Foto: Peer Grimm dpa

den. So darf man wohl davon ausgehen, dass viele Studenten – die ja sonst jeweils von einem Dienstherrn vor Ort für ihre Ausbildung zeitweise an die Hofer Hochschule abgeordnet werden – derzeit Dienst an ihrer jeweiligen Behörde tun.

Das ist auch jenseits der Ausbildung Usus: Auch die Stadt Hof beispielsweise hat Mitarbeiter, in deren Abteilungen gerade nicht viel Arbeit anfällt, ans Gesundheitsamt abgeordnet, wo man für jede Hilfe dankbar ist. Das wirft für viele der Beteiligten eine ganze Reihe von Fragen auf.

Zum einen sind die Studenten ja als Beamtenanwärter bereits besoldet: „Die Dienstherrn haben in Krisensituationen also bevorzugten Zugriff auf sie“, betont Klaus Völkel. Zum anderen müsse man als Hochschule dafür sorgen, dass trotzdem alle einigermaßen gleiche Voraussetzungen hinsichtlich ihres Studienabschlusses hätten.

Ende April würden eigentlich Klausuren anstehen für den Jahrgang, der danach in die Praxis entschwindet. Ob die Prüfungen stattfinden und wenn ja, unter welchen Bedingungen, ist bislang genauso wenig geklärt wie die Frage, wie man mit jenen Studenten umgehen kann, die in den vergangenen Wochen

nicht lernen konnten, weil sie in ihren Behörden gebraucht wurden. Da erhofft sich die Hochschule, wie viele andere auch, klärende Informationen aus einem Gespräch der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin, das für den heutigen Mittwoch anberaumt ist. Danach könnte vieles ganz schnell gehen.

Bis Stand Dienstag hieß es, dass vom 20. April an wieder mit Anwesenheitspflicht im Hofer Hörsaal unterrichtet werden könnte. „Dafür wird gerade ein Not-Stundenplan erstellt, wir könnten also bis Ende

April eine Art von Not-Vorlesungen halten“, erklärt Klaus Völkel. Der Freistaat Sachsen jedoch, an dem sich Bayern in derartigen Fragen durchaus orientiere, habe schon länger bekannt gegeben, Präsenzveranstaltungen erst wieder vom 4. Mai an abzuhalten. In jedem Fall würde gelten: Die Dozenten an der Hofer Hochschule würden möglicherweise vor leeren Hörsälen sprechen.

Ob die Landräte und Bürgermeister ihre Anwärter bereits in die Krisenstäbe und besonders betroffene Verwaltungsbereiche beordert ha-

ben, sei in Hof nicht bekannt, betont Klaus Völkel. Diejenigen Studenten, die von staatlichen Stellen nach Hof geschickt wurden, sind zumindest zentral erfasst worden. Sie könnten damit den staatlichen Gesundheitsämtern zum Notfalleinsatz zugewiesen werden – oder schon zugewiesen worden sein. Wie viele das bereits betrifft oder noch betreffen wird, das erfährt auch die Hochschule erst, wenn wieder Präsenz-Unterricht oder Prüfungen anstehen. Klaus Völkel: „Bis dahin tun wir alles, um digital die Lehre aufrechtzuerhalten.“

## Neue Wohnheime weiter in der Schwebe

■ Kommt bald ein neues Studentenwohnheim in der Hofer Fabrikzeile? Seit die Frankenpost vor eineinhalb Jahren dieses Vorhaben des Freistaats öffentlich machte, taucht diese Frage immer wieder auf. Auch, wenn die Verwaltungs-Hochschule keineswegs Bauherr wäre, sondern lediglich Nutzer. Errichten würde das Wohnheim durch die „Immobilien Freistaat Bayern“, den verlängerten Arm der Staatsregierung für ihre Liegenschaften, im Auftrag des Freistaats. Jener würde die Gebäude anmieten. So ist man auch schon 2016 beim Bau der neuen Wohnheime in der Hofer Wirthstraße verfahren: Sie waren, wie berichtet, kurz nach Fertigstellung an einen Luxemburger Immobilienfonds verkauft worden, langjährige Mietverträge inklusive.

■ Zur Fabrikzeile gibt es derzeit noch immer nichts Neues – zumindest nichts, das in Hof bekannt wäre –, erklärt Klaus Völkel von der Verwaltungs-FH. „Die Bauverwaltung und das Bauministerium sind noch immer mit der fachlichen Stellungnahme zur Frage, ob

das Grundstück an der Fabrikzeile für einen staatlichen Neubau von 300 Appartements geeignet ist, befasst.“ Diese Prüfung lief auch bereits, als die Frankenpost das Vorhaben im Dezember 2018 publik machte.

■ Erst wenn die fachliche Stellungnahme vorliegt – und falls sie positiv ausfallen sollte – könne die dafür zuständige „Immobilien Freistaat Bayern“ eine Empfehlung aussprechen. Diese müsste dann den Ankauf des Grundstücks beinhalten. Das setze wiederum voraus, dass der Bau hier auch eine wirtschaftlich gute Lösung darstelle. Sprich: Preis und bauliche Möglichkeiten beziehungsweise Einschränkungen müssten stimmen. Das Gelände, 27 000 Quadratmeter groß, gehört der Hoftext-Gruppe.

■ „Für unsere Studierenden, deren Dienstherrn und die Hochschule selbst als für die Unterbringung Verantwortliche bedeutet das eine entsprechende Verzögerung“, ordnet Klaus Völkel ein. Die gute und zentrale Unterbringung der Studenten in Hof sei ein nötiges Instrument im Kampf um gute Nachwuchskräfte in den Verwaltungen.